

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 16, Holbeinstraße 46
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Wegpreis:
Abgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. in Ostpreußen 4,50 M.
Abgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. in Ostpreußen 4,50 M.
Einzelnummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Kunstreue:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungsabgabe 25 J. im Reichsteil 50 J. Familienangelegenheiten 20 J.
Für unbedeutend gezeichnete, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Erscheinenszeiten der Redaktionen: 11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Haltung des Zentrums in der Nationalversammlung.

In weiten Kreisen der deutschen Wähler hat die Haltung der Zentrumspartei und ihr Eintreten in die Regierung Scheidemann Verwunderung und Enttäuschung bereitet. Verwunderung und Enttäuschung, weil man glaubte, auch der Bindung der Wahllisten, die das Zentrum im Wahlkampf mit den beiden rechtsstehenden Parteien eingegangen war, schließen zu dürfen, daß dieser Block nun auch in der Nationalversammlung Bestand haben würde. Diejenigen, die diesen Wunsch hegten, haben mittlerweile vergessen, wie der Wahlblock zustande kam. Sie haben vergessen, daß von Seiten der drei verbundenen Parteien alles getan worden ist, um die Deutsche Demokratische Partei zu bewegen, ebenfalls dem genannten Parteibündel beizutreten. Der Beweggrund, der wohl alle drei Parteien, das Zentrum aber besonders, zur Bindung ihrer Listen verleitete, war nur der, den Sozialdemokraten eine geschlossene Front der Ordnungsparteien entgegenzustellen, um dem Übergewicht der Nichtsozialdemokraten, das so zahlenmäßig besteht, aber durch die verschiedenartigen politischen Ansichten und Absichten stark geschwächt ist, die richtige Haltung zu verschaffen. Daß dies nicht geschehen konnte, lag an der Haltung der Demokratischen Partei. Wer hätte aber im anderen Falle glauben mögen, daß die Demokratische Partei und z. B. die Deutsch-nationale Fraktion in der Nationalversammlung einen Regierungsblock bilden würden. Nebenbei liegen auch die Verhältnisse beim Zentrum. Es gibt immer noch viele, die glauben, das Zentrum sei eine katholische, also konfessionelle, und keine politische Partei. Wir leugnen gar nicht, daß die Wähler des Zentrums auch heute noch zu 90 Prozent Katholiken sind und großen Teiles deshalb Zentrum wählen, weil diese Partei die einzige ist, die im öffentlichen Leben die Auffassung vertritt, daß christliche Weltanschauung ausschlaggebend für innere und äußere Politik sein muß. Das Zentrum vertritt aber diese Auffassung nicht nur in seinen Programmen und Wahlaufrufen, sondern fest in seinem Bestehen nach seinen Kräften in die Wirklichkeit um. Es ist von jeher ein beliebtes Kampfmittel unserer Gegner gewesen, die ausschlaggebende Arbeit des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiete totzuschweigen. Wer weiß in Deutschland überhaupt, daß die Grundlage zu unserer Arbeiterabstammung der Entwurf des Zentrumsabgeordneten Grafen Galen ist? Wir sind scharfe Gegner der Sozialdemokraten und abgrundtief trennt uns unsere Weltanschauung von ihrer materialistischen. Wir sind aber eine demokratische Partei. Unsere Partei umreißt fest im Boden des Volkes, und einen Hauptteil der Wähler stellen die christlichdenkenden Arbeiter. So wie wir uns selbstverständlich in den Ansichten der Abgeordneten die politischen Ideen des Volkes wieder. Die Zeiten sind heute vorbei, wo es genügte, daß eine angenehme Persönlichkeit in einer Wahlversammlung eine Rede hielt und darauf alles die empfohlenen Wahlzettel in die Hand nahm und zur Wahlurne marschierte. Besonders der Krieg hat auch den einfachsten Mann aufgerüttelt und ihm gezeigt, wie unzulässig seine Person mit dem Wohl und Wehe des Staates verknüpft ist. Und wer erst einmal erkannt hat, daß das, was in dem Reichstag oder dem Landtag verhandelt wird, ihn sehr wohl angeht, der hat auch das Bedürfnis, sein Wohl und Wehe nach seinen Kräften und nach seinem Willen zu verteidigen und in irgendeiner Form Einfluß auf das öffentliche Leben zu gewinnen. Nur die demokratische Staatsform bietet aber die Handhabe dazu. So ist der demokratische Gedanke in diesem Kriege ungeheuer verstärkt worden, auch in der Zentrumspartei. Es ist kein bloßer Zufall, daß die Mächte, die keine parlamentarische Regierung hatten, zusammengebrochen sind. In einem Kriege, der solche Dimensionen annahm, der in so tiefer Weise staatliche Eingriffe in das Privatleben der Menschen zeitigte, wurde der ausschlaggebende Einfluß der Volkswahl auf die Regierungshandlungen eine Notwendigkeit. Die Diktatur eines Clemenceaus und Lloyd George waren nur in parlamentarisch regierten Staaten möglich, wo eine zielbewusste Mehrheit ihrem erkorenen Führer durch die und dann folgte. Bei uns hat man die Notwendigkeit nicht erkannt, und ausschlaggebende Kreise haben die weitestgehenden Absichten des Kaisers, der 1914 programmatisch erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr,“ und Bethmann Hollweg zu vereiteln gesucht. Nur in der Kommunalpolitik hat man die Sozialdemokratie zur Mitarbeit auf dem Gebiet der Ernährungsfragen herangezogen, und zwar mit dem denkbar besten Erfolg. Wir wollen auch nicht absteigen, zu sagen, daß ein kleiner Teil der Zentrumspartei

ordneten sich den Notwendigkeiten der Zeit entgegenstemmen, aber das Gros der Partei hat schließlich diesen Widerstand überwunden.

Alzupät kam die parlamentarische Regierung des Prinzen Max und mit ihr der Eintritt sozialistischer Führer in die Regierung. Der Strom, dem man verkehrterweise einen Staudamm entgegenzusetzen versucht hatte, anstatt ihn in ein legales Bett zu leiten, geriet die Sperre, die radikale Revolution setzte ein. Sie hat uns so vollständig vernichtet, daß heute Deutschland das politisch und militärisch schwächste Land Europas ist und nur noch mit moralischen Waffen seine Lebensbedingungen verteidigen kann. Sollen wir nun in den Fehler der vorrevolutionären Zeit verfallen und jede Mitarbeit der Sozialdemokratie zu verhindern trachten? Können wir die Verantwortung übernehmen und als stärkste nichtsozialistische Partei in die Opposition eintreten, nur aus dem Grunde, weil die Sozialdemokratie heute die leitende Stelle in der Regierung einnimmt und weil wir eine Republik geworden sind? Leicht und angenehmer für die Partei wäre es allerdings, den Sozialisten und Demokraten die Verwaltung der Revolutionen selbst allein zu überlassen, um später mit großer Gebe vor dem Volke sich die Hände in Unschuld zu waschen. Von welcher einschneidender Bedeutung die Beschlüsse der Nationalversammlung sein werden, darüber sind sich wohl alle Deutschen klar. Dient man aber dem Vaterlande besser, wenn man versucht, auf die Vorlagen der Regierung und die Beschlüsse der Nationalversammlung durch Mitarbeit Einfluß zu gewinnen, oder nur durch Kritik vor möglichen Schäden zu warnen? Das mögen sich diejenigen einig überlegen, die von einem Umfallen des Zentrums sprechen und in der Opposition der Deutschnationalen die höchste Staatsweisheit sehen.

In einer Versammlung der Deutschnationalen in Dresden, die gegen die Haltung des Reichsministers Erzberger bei den Waffenstillstandsverhandlungen aufs schärfste protestierte, wurde von einem Debatte-reiner die Ansicht geäußert, daß die Deutschnationalen mit einer Partei, die einen derartigen Minister unterstütze, niemals wieder eine Listverbündung eingehen sollten. Nun soll hier zu dem Problem Erzberger keinerlei Stellung genommen werden. Dem Durchschnittsmenschen, der keine Kenntnisse vom Gange der Waffenstillstandsverhandlungen, nur aus der Zeitung schöpft, ist es überhaupt nicht möglich, sich ein Bild von dem, was hätte erreicht werden können und was nicht erreicht wurde, zu machen. Erzberger hat jedenfalls die gegen ihn gerichteten Angriffe in der Nationalversammlung dank seiner hervorragenden Rednergabe mit durchschlagendem Erfolge abgewehrt. Die weiteren Ergebnisse müssen nun abgewartet werden. Jedenfalls kann man heute schon sagen, daß der Minister, der diesen Waffenstillstand zur ungeteilten Beiriedigung des deutschen Volkes abzuschließen konnte, wohl niemals existieren würde. Vom Verfallungsleiter ist allerdings jener Anfall gegen das Zentrum nicht abgeblieben worden. Wir wollen aber nicht verfehlen, dem betroffenen Herrn in Erinnerung zu bringen, daß die Rechtsparteien bei der Wahl zur Nationalversammlung; und Volkskammer je ein Mandat im Reichsteil Sachsen nur der Listverbündung mit dem Zentrum zu verdanken haben und daß wir stark hoffen, daß die Rechtsparteien beim Wiederaufbau unseres engeren Vaterlandes positive Arbeit leisten, auch wenn sie gezwungen sind, manche ihrer unüberwindlichen Anschauungen über die Staatsform zurückzustellen, wenn es sich nur einigermassen mit dem Gesamtnutzen vereinbaren läßt.

Die Wohlfahrt des gesamten Volkes sei das höchste Gesetz und wir dürfen uns der Arbeit an der Wohlfahrt der Allgemeinheit nicht entziehen, auch wenn diese Allgemeinheit historische und traditionelle Einrichtungen verwirft, deren Verlust wir für sehr schwer halten. Unsere zukünftige Staatsform wird die Republik sein. Wir bedauern dies lebhaft, denn wir sind überzeugt, daß sich alle sozialen Reformen und alle politischen Neuordnungen auch unter der Monarchie hätten vollziehen lassen, und daß eine Monarchie eine größere Stetigkeit in der inneren und äußeren Politik garantiert als die Republik. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß infolge des verlorenen Krieges und der Verhinderung der Umgestaltung unserer Verfassung durch die früheren politischen Machthaber der monarchische Gedanke im Volke sehr diskreditiert und allerwahrscheinlichst die Mehrheit des Volkes republikanisch gesinnt ist. Diejenigen, die sich mit Vorliebe als die besonderen Stützen des Thrones bezeichnen, müssen sich heute sagen, daß sie nicht schuldlos an der Entwicklung der Dinge sind.

Wer aber wollte behaupten, daß die Wohlfahrt des Volkes in einer Republik auf keinen Fall abhängen kann. Christliche Moral und Ethik kann jedenfalls in

einer Republik ebenso blühen und zum Wohle der Menschheit wirken wie in der Monarchie. Thron und Altar sind dieses betont, daß er für seine Person den Sturz der Monarchie für einen schweren Schaden für unser kulturell und politisches Leben hält und mit dem Verschwinden der Herrscherhäuser große geistige Werte für immer verloren gingen, die uns die Republik nicht wieder ersetzen können.

Aber nicht nur der demokratisch-republikanische Gedanke hat eine ungeheure Stärkung erfahren, auch die sozialistische Ideen haben immer größere Massen in ihren Bann gezogen. Den sozialdemokratischen Sozialisierungsabsicht steht die Zentrumspartei durchaus ablehnend gegenüber. Hier wird man scharf zu scheiden haben von den Bestrebungen, die sich nur auf das Wirtschaftsgebiet erstrecken und denen, die auch die geistige Entwicklung der Menschheit auf dem Sozialismus aufbauen wollen.

Ob die kapitalistische Wirtschaftsordnung ein notwendigeres ist oder in eine sozialistische umgewandelt werden kann, das hängt nur von der Frage ab, ob die Umwandlung dem Allgemeinwohl zu nützt oder nicht. Grundbedingung kann man dem Staate das moralische Recht nicht absprechen, Eingriffe in das Privateigentum seiner Untertanen zugunsten der Allgemeinheit zu machen, wenn man ihm die Berechtigung zuerkennt, daß er zum Wohle der Allgemeinheit über Leben und Gesundheit seiner Untertanen verfügen darf. Grundbedingung ist aber eben hier wie dort, daß die Maßnahmen zum Wohle des Volksganzen geschehen. Wird sie nur im Interesse einer Berufsklasse vorgenommen, so widerspricht sie der Moral. Die christliche Sozialisierung stellt das Zentrum der materialistischen der Sozialdemokratie gegenüber.

Wir stehen heute sichtlich am Beginn einer neuen Weltperiode. Neue Ideen und Bestrebungen brechen sich auf nationalen und internationalen Gebieten Bahn. Das Bestreben des Zentrums ist es, auf den Grundlagen, die die Menschheit in Jahrhunderten gelegt hat, weiter zu bauen im Sinne christlicher Weltanschauung. Weder Völkerverbund noch soziale Reformen widersprechen der christlichen Moral. Im Gegenteil, würde die Menschheit wahrhaft christlich denken, wir wären längst soweit.

Daß sie führend und mitarbeitend an der Verwirklichung der Bestrebungen wahrer Menschlichkeit auf dem Gebiete innerer wie äußerer Politik beteiligt ist, das ist die Stolz der Zentrumspartei und der alleinige Grund, daß sie ohne nennenswerte Einbuße die Revolutionsära überdauern hat. D. v. W.

Der Verfassungsentwurf in der Volkskammer.

Die Frage des Staatspräsidenten in Sachsen.

Dresden, 26. Februar 1919

Das Interesse des Publikums an der Wirkksamkeit der Volkskammer hat bereits abgenommen. Die Tribünen sind zum Teile gar nicht, zum Teil nur halb besetzt. Im Saale selbst ist heute alles ordnungsgemäß und die Unabhängigen schneiden, so wie es sich gebiert, die äußerste Linke. Auf dem Platte des Herrn Fleißner von gestern hat heute der mehrheitssozialistische Abgeordnete Wintermann in seiner ganzen Behäbigkeit, die so gar nicht nach Protestiertem, sondern vielmehr nach Sozialismus aussieht. Es ist überhaupt interessant, von oben Betrachtungen anzustellen. Auch der mehrheitssozialistische Präsident Fröndel macht einen ganz gemühtlichen Eindruck, während sein Kamerad Rivinski einen ganz verbissenen Ausdruck im Gesicht hat und mit verdrehten Armen soziologisch jederzeit irren bereit dastht. Das, was man aber für gewöhnlich als Rede bezeichnet, findet man so gut wie gar nicht im Saale. Der einzige, der einen geistig überragenden Eindruck macht, ist ohne Zweifel der Volksbeauftragte Gradnauer, den man ja auch tatsächlich als Herz und Seele der Mehrheitssozialdemokratie bezeichnen kann. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es in der sächsischen Volkskammer nicht sonst noch ganz kluge Köpfe gibt. Aber ein Uebermaß an Kapazitäten ist jedenfalls nicht vorhanden. Und das ist bedauerlich, denn zum Wiederaufbau des Staates sollten eigentlich in diesem Hause die besten Köpfe des ganzen Landes sammelt sein.

Die Blumen sind verschwunden und man hat sich nicht an die parlamentarischen Gebräuche von früher wieder gewöhnt. Das merkt man vor allem daran, daß schon heute manche Redner vor teilweise leeren Bänken sprechen mußten. Minister Gradnauer beantragte die Verfassungsvorlage. Die Frage des Staatspräsidenten macht scheinend der Regierung am meisten zu schaffen. Die mehr-